

Bremische Bürgerschaft

Landtag

21. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde der 23. Sitzung

Anfrage 1: Notfallverhütung „Pille danach“: Informiert entscheiden, selbstbestimmt handeln

**Anfrage der Abgeordneten Selin Arpaz, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 29. April 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie haben sich die Ausgabebezahlen seit der Entbindung von der Rezeptpflicht für Notfallkontrazeptiva, genannt „die Pille danach“, im Land Bremen entwickelt?
2. Welche Möglichkeiten gibt es für Verbraucher:innen im Land Bremen, um über Notfallkontrazeptiva, sowie die Rezeptfreiheit informiert zu werden und wie bewertet der Senat diese Möglichkeiten?
3. Wie bewertet der Senat das geltende Werbeverbot für die sogenannte „Pille danach“, gemäß § 10 Absatz 2 des Heilmittelwerbegesetzes (HWG)?

Anfrage 2: Sportangebote innerhalb der Justizvollzugsanstalt (JVA)

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Hubertus Hess-Grunewald, Muhammet Tokmak, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 29. April 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Sportangebote stehen den Inhaftierten der Justizvollzugsanstalten an den beiden Standorten Bremen und Bremerhaven zur Verfügung? (Bitte die Angebote getrennt nach Standort ausweisen.)
2. Inwiefern haben sich die Sportangebote am Standort Bremen aufgrund der laufenden Sanierungsmaßnahmen verändert und ist nach Abschluss der Sanierung mit einer Erweiterung des Sportangebots zu rechnen?
3. Welchen Einfluss hat die sportliche Betätigung der Gefangenen auf ihren Haftalltag und inwiefern trägt sie zu einer gelingenden Resozialisierung bei?

Anfrage 3: Zunahme rechtsextremer Vorfälle an Bremer Schulen
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis
und Fraktion Die Linke
vom 29. April 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie verteilen sich die 26 laut zeit-online im Jahr 2024 gemeldeten rechtsextremen Vorfälle auf die Stadtteile in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven?
2. Wie viele der Vorfälle wurden mit welcher Einordnung (also beispielsweise Beleidigung, Sachbeschädigung et cetera) zur Anzeige gebracht und wie viele sind inzwischen aufgeklärt oder durch die Staatsanwaltschaft eingestellt worden?
3. Wie arbeiten Schulen, an denen es rechtsextreme Vorfälle gab, diese Ereignisse pädagogisch auf und wie werden sie dabei vom Senat unterstützt?

Anfrage 4: Nachsorge von Schulabbrechern im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS
DEUTSCHLAND
vom 30. April 2025

Wir fragen den Senat:

- Wie viele Schülerinnen und Schüler haben ihren Schulzweig (Sekundarstufe I oder Sekundarstufe II) in welcher Klasse zum Schuljahresende des Schuljahres 2023/2024 ohne Schulabschluss verlassen? Bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven unter Nennung der zuletzt besuchten Jahrgangsstufe benennen.
2. Wie viele der „Schulabbrecher“ aus Ziffer 1 besuchen seit Beginn des Schuljahres 2024/2025 zur nachträglichen Erreichung eines Schulabschlusses eine berufsbildende Schule und wie viele aus diesem Personenkreis erreichten einen Abschluss? Bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven die Anzahl der Schulabbrecher und Schulabsolventen und den Zweig der berufsbildenden Schule erklären.
 3. Welche konkreten Maßnahmenkataloge existieren, um die Schulabbrecher nach erfolgreicher Beendigung ihres Besuchs einer berufsbildenden Schule in den Ausbildungsmarkt zu vermitteln? Bitte getrennt für Bremen und Bremerhaven beantworten.

Anfrage 5: Wie sind die Erfahrungen mit dem KulturPass?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 2. Mai 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich nach Kenntnis des Senats die Nutzung des KulturPass-Angebots in Bremen seit Start des Projekts im Juni 2023 entwickelt und wie wirksam ist das Angebot nach Ansicht des Senats?
2. Welche Erfahrungen haben lokale Anbieter und Nutzer nach Kenntnis des Senats mit der KulturPass-App gemacht?
3. Wie erforderlich ist der KulturPass nach Ansicht des Senats und welche Alternativen gäbe es?

Anfrage 6: TANZPAKT Stadt-Land-Bund: Welche Unterstützungen stellt Bremen für die neue Förderperiode zur Verfügung?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 2. Mai 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie unterstützt der Senat Bremer Künstlerinnen und Künstler, Ensembles und Institutionen bei der Antragstellung um den Förderfonds TANZPAKT Stadt-Land-Bund 2025-2030?
2. Welche Mittel stehen für die erforderliche Ko-Finanzierung des Programms zur Verfügung?
3. Wie viele Bremer Künstlerinnen und Künstler, Ensembles und Institutionen haben sich nach Kenntnis des Senats um eine (erneute) Zuwendung für die TANZPAKT Stadt-Land-Bund-Förderperiode ab 2025 bemüht?

Anfrage 7: Wird „Schwarzfahren“ im Land Bremen noch strafrechtlich verfolgt?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 2. Mai 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Strafanträge wurden im Jahr 2024 im Land Bremen seitens der BSAG, Bremerhaven Bus und der Nordwestbahn jeweils wegen des Straftatbestandes des Erschleichens von Leistungen gemäß §265a Strafgesetzbuch gestellt?
2. Wie viele Verurteilungen wegen des Erschleichens von Leistungen gab es im Jahr 2024 im Land Bremen und in welcher Höhe wurden insgesamt Bußgelder verhängt und wie viel davon konnte tatsächlich eingetrieben werden?
3. Inwieweit ist dem Senat eine Weisung bekannt, die gegenüber der BSAG, Bremerhaven Bus oder der Nordwestbahn ergangen ist, dass sie in Fällen des Erschleichens von Leistungen keinen Strafantrag mehr stellen sollen und wann ist diese Weisung gegebenenfalls durch wen erfolgt?

**Anfrage 8: Zip und Zap – die Bremer Polizei am Ende ihrer Entpackungskraft
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 6. Mai 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Welche technischen und organisatorischen Hindernisse führen aktuell dazu, dass die Bremer Polizei Dateien im gängigen Zip-Format nicht öffnen kann und welche Maßnahmen sind geplant, um diese Problematik zeitnah zu beheben?
2. Seit wann ist der Bremer Polizei bekannt, dass sie nicht in der Lage ist, Zip-Dateien zu verarbeiten und in wie vielen Fällen hat diese technische Einschränkung die Arbeit der Polizei oder die Zusammenarbeit mit anderen Behörden behindert?
3. Welche finanziellen Mittel und welcher Zeitrahmen sind erforderlich, um der Bremer Polizei endlich eine zeitgemäße IT-Ausstattung bereitzustellen, mit der auch simple Aufgaben wie das Öffnen von Zip-Dateien bewältigt werden können?

**Anfrage 9: Funktioniert das anonyme Meldeportal „Tatort Hafen“?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Christine Schnittker, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 7. Mai 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie erklärt sich der Senat, dass ein angeklagter Kokainschmuggler laut Berichterstattung der Nordseezeitung vom 9. April 2025 fünfundfünfzigmal vergeblich versucht hat, die Ermittlungsbehörde zu erreichen?
2. Wie erklärt der Senat, dass der Angeklagte äußert, er habe sich auch über das anonyme Meldeportal „Tatort Hafen“ gemeldet und eine Registrierungsnummer erhalten, diese Meldung aber ausweislich der Äußerungen des Justizressorts im Rechtsausschuss am 23. April 2025, bei der Behörde nicht angekommen ist?
3. Wie stellt der Senat die Funktionsfähigkeit des anonymen Meldeportals sicher und wie häufig wird die Funktionsfähigkeit überprüft?

**Anfrage 10: CumCum-Milliarden konsequent zurückfordern!
Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke
vom 7. Mai 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Auswirkungen erwartet der Senat durch den Ablauf von Aufbewahrungsfristen durch das am 1. Januar 2026 in Kraft tretende Bürokratieentlastungsgesetz IV für Beweismittel im Verfahren zum sogenannten CumCum-Skandal, der die Steuerzahler:innen laut dem Mannheimer Finanzwissenschaftler Christoph Spengel rund 28 500 000 000 Euro gekostet hat?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um darauf hinzuwirken, dass der neue Bundesfinanzminister das Bundeszentralamt für Steuern anweist, die Aufklärung der CumCum-Fälle mit höchster Priorität zu verfolgen und so zu verhindern, dass die Beweise verschwinden und Milliarden an Steuergeldern verloren gehen?
3. Welche Auswirkungen hätte eine erfolgreiche Rückforderung der hinterzogenen Steuergelder schätzungsweise auf die Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen?

Anfrage 11: Welche Angebote für Betroffene geschlechterspezifischer Gewalt gibt es in Bremen-Nord und Bremerhaven?

**Anfrage der Abgeordneten Gökhan Brandt, Ole Humpich, Thore Schäck und die Fraktion der FDP
vom 13. Mai 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Welche niedrigschwelligen Angebote für Betroffene geschlechterspezifischer Gewalt bestehen in Bremen-Nord und Bremerhaven?
2. Inwiefern wird mit der Gewaltschutzambulanz am Klinikum Bremen-Mitte kooperiert?
3. Mit welchen Maßnahmen kann aus Sicht des Senats die Versorgung Betroffener in Bremen-Nord und Bremerhaven weiter verbessert werden?

Anfrage 12: Wird die Bezahlkarte auch in Bremen umgangen?

**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 13. Mai 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Sind in Bremen Fälle bekannt, in denen Beschränkungen der Bezahlkarte (Maximalbetrag des abhebbaren Bargelds, keine Überweisungen ins Ausland) umgangen wurden und wenn ja, auf welche Art und Weise und in wie vielen Fällen?
2. Welche Maßnahmen gegen die Umgehung der Beschränkungen der Maßnahmen gibt es und welche davon werden in Bremen umgesetzt?
3. Welche Auffassung vertritt der Senat in Hinblick auf die möglichen Auswirkungen einer Löschung der SEPA-Funktion der Bezahlkarte?

Anfrage 13: Landesmindestlohn bei Postdienstleistungen

**Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke
vom 15. Mai 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Anwendung des Landesmindestlohns auf alle Unternehmen, die im Auftrag der Kommune Bremen oder des Landes Bremen tätig sind?
2. Wie bewertet der Senat, dass Beschäftigte in Unternehmen, die Leistungen für Land und Kommune erbringen, teilweise geringere Löhne als den Landesmindestlohn erhalten – insbesondere unter Berufung auf sogenannte Mischkalkulationen, bei denen der öffentliche Auftrag nur einen Teil der Gesamtleistung ausmacht?
3. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um sicherzustellen, dass künftig alle Unternehmen, auch etwa im Bereich der Postzustellung, die für die Kommune Bremen oder das Land Bremen tätig sind, mindestens den Landesmindestlohn zahlen?

Anfrage 14: Trotz Beobachtung durch den Verfassungsschutz: Bremer Schüler besuchen antidemokratische „ATIB-Gemeinden“

**Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Yvonne Averwieser, Hetav Tek, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 27. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie erklärt sich der Senat, dass Lerngruppen öffentlicher Bremer Schulen offenbar ATIB-Gemeinden besucht haben, die vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet und als nationalistisch, rassistisch und islamistisch – insgesamt also als antidemokratisch – eingestuft werden und auf wessen Initiative gehen diese Besuche zurück?
2. Welche Erkenntnisse hat der Senat von Art und Umfang dieser Besuche, wie oft fanden sie in welchem Zeitraum statt, wie viele Schüler nahmen insgesamt teil und von welchen konkreten Bremer Schulen kamen diese?
3. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um zukünftig zu verhindern, dass Bremer Schülerinnen und Schüler im Rahmen von offiziellen Schulbesuchen aktiv in das Umfeld möglicher Verfassungsfeinde gelangen?

Anfrage 15: Wohnangebote für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in besonderen Wohnformen

**Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 3. Juni 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich das Vorhaben des Senats jährlich fünf Prozent der stationären Wohnangebote zu ambulantisieren in den letzten zehn Jahren entwickelt? (Bitte den erreichten Stand konkret nach Zahlen und Einrichtungen darstellen.)
2. Wie hat sich das Vorhaben die Zahl der außerhalb Bremens stationär und ambulant untergebrachten Menschen mit Behinderung aus fachlichen und gesamtfiskalischen Gründen (Länderfinanzausgleich, Arbeitsmarkteffekte) zu reduzieren und die Versorgung der Leistungsberechtigten innerhalb Bremens anzustreben in den letzten zehn Jahren entwickelt? (Bitte die jährliche Anzahl und das Verhältnis zur Unterbringung in Bremen in Prozent angeben.)
3. Sollte es in den letzten zehn Jahren Entwicklungen gegeben haben oder sollten zukünftig Entwicklungen erwartet werden, die diesen bisherigen Zielen entgegenstehen, welche veränderten Ziele hat sich das Sozialressort für die nächsten fünf Jahre konkret gesetzt und bekannt gemacht?

Anfrage 16: Bombendrohungen an Schulen in Deutschland: Waren auch Bremer Schulen betroffen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Yvonne Awerwieser, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 3. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit waren in der jüngsten Vergangenheit auch Schulen im Land Bremen von Bombendrohungen betroffen?
2. Sofern es Bombendrohungen gegenüber Schulen im Land Bremen gab, wie viele und welche Schulen waren hiervon betroffen, über welchen Kommunikationsweg wurde die Drohung jeweils übermittelt und welche Maßnahmen wurden in Reaktion seitens der Sicherheitsbehörden im Land Bremen ergriffen?
3. Welche Konsequenzen zieht der Senat gegebenenfalls aus diesen Vorfällen in Bezug auf die Sicherheitslage an Bremer Schulen und deren Krisenpläne?

Anfrage 17: Kompensieren die Neueinstellungen bei der Polizei wirklich die Altersabgänge?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 3. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Abgänge gab es bei der Polizei im Land Bremen jeweils in den Jahren 2022, 2023, 2024 und 2025 bislang?
2. Wie viele Neueinstellungen gab es jeweils in den Jahren 2022, 2023, 2024 und 2025 bislang?
3. Sollte die Zahl der Neueinstellungen gleich oder niedriger sein als die der Abgänge, wie will der Senat den Aufwuchs der Polizei gewährleisten?

Anfrage 18: Modernes Analysegerät für das Landeskriminalamt (LKA) – Wird eine sinnvolle Weiternutzung des Massenspektrometers ermöglicht?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 3. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, ein vorhandenes, leistungsfähiges Massenspektrometer aus der Auflösung des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie, welches sich bereits im Landesbesitz befindet, dem Landeskriminalamt (LKA) Bremen zur Verfügung zu stellen, um dessen Analysekapazitäten im Bereich synthetischer Drogen zu stärken?
2. Wie viel hat besagtes Gerät in der Anschaffung gekostet, welchen Verkehrswert besitzt es noch und welche Kosten würden dem LKA Bremen durch die Übernahme des Geräts entstehen, beispielsweise durch Transport, Aufbau und Neuinstallation?
3. Sollte eine Weiternutzung durch das LKA Bremen von Seiten des Senats nicht beabsichtigt sein, wie begründet der Senat die haushaltspolitische Prioritätensetzung, wenn ein funktionstüchtiges, bereits durch Landesmittel finanziertes High-End-Gerät potenziell auf dem Müll landet, während gleichzeitig Warnungen vor einer zunehmenden Verbreitung synthetischer Drogen bestehen?

Anfrage 19: Auswirkungen geplanter VW-Investitionen in Venedig auf den Fahrzeugumschlag in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Gökhan Brandt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 10. Juni 2025

Wir fragen den Senat:

1. Seit wann und in welchem Umfang liegen dem Senat Informationen zu den Planungen von Volkswagen für einen neuen Umschlaghafen in Venedig vor – insbesondere hinsichtlich Zeitplan und geplanter Kapazitäten?
2. Wie bewertet der Senat die unmittelbaren Auswirkungen dieser Pläne auf das aktuelle Fahrzeugumschlagsvolumen in Bremerhaven?
3. Welche kurzfristigen Maßnahmen erwägt der Senat zu Stärkung des Logistikstandorts Bremerhaven und der dortigen Arbeitsplätze?

Anfrage 20: Situation der Ganztagsbetreuung an der Grundschule am Alten Postweg
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 11. Juni 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele der bisherigen Betreuungsplätze werden nach dem Umzug an den ursprünglichen Standort der Grundschule am Alten Postweg erhalten bleiben und wie viele Kinder werden ihren Betreuungsplatz verlieren?
2. Wie stellt der Senat sicher, dass während der Übergangsphase bis zur vollständigen Umsetzung des Ganztags keine Betreuungslücken für die Jahrgänge 2 bis 4 entstehen?
3. Wie bewertet der Senat den Umstand, dass ein offener Ganztagsbetrieb für das Schuljahr 2026/2027 nur für den ersten Jahrgang vorgesehen ist, obwohl laut Schulleitung und Elternschaft Konzepte für eine vollständige Einführung aller Jahrgänge ab 2026/2027 im Rahmen eines gebundenen Ganztagsbetriebs vorliegen?